

# Notizen

Eine Reihe von Defiziten und bedenklichen Regelungen im Gesetzentwurf zur Reform des Sozialhilferechts hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken in einer Anfang November veröffentlichten Stellungnahme kritisiert. Zu einer weiteren Aushöhlung des bewährten Bedarfsdeckungsprinzips etwa führe die Absicht, von 1999 an ein neues Verfahren zur Bedarfsmessung durch Rechtsverordnung einzuführen, den Regelsatz künftig ausschließlich vom Bund festsetzen zu lassen und die Regelsätze bis einschließlich 1998 zu deckeln. Moniert werden ebenso die geplante Verschärfung des Lohnabstandsgebotes sowie Regelungen, die die Situation von Heimbewohnern beeinträchtigen und die den Vorrang der Freien Wohlfahrtspflege und der Kirchen zugunsten gewerblicher Anbieter und zu Lasten Hilfebedürftiger beseitigen.

Der Deutsche Evangelische Kirchentag hat einen neuen Vorstand. Ihm gehören Barbara Rinke (48), Oberbürgermeisterin im thüringischen Nordhausen, Martin Dolde (53), Betriebsingenieur aus Stuttgart, und Rainer Meusel (59), Jurist aus Neuss, an. Jedes der drei Vorstandsmitglieder wird einen der nächsten drei Kirchentage als amtierender Präsident leiten. Der nächste Deutsche Evangelische Kirchentag findet im Juni 1997 in Leipzig statt; 1999 ist dann Stuttgart als Kirchentagsstadt an der Reihe. Mit der Wahl des neuen Kirchentagsvorstandes ging die Amtszeit von Erika Reihlen, Annemarie Schönherr und Ernst Benda zu Ende.

Kritik an dem Anfang November veröffentlichten Urteil des BVG zu Äußerungen wie dem Tucholsky-Zitat „Soldaten sind Mörder“ haben die Militärbischöfe der beiden großen Kirchen in Deutschland geübt. Der protestantische Bischof Hartmut Löwe beklagte, auch ein allgemeiner Gebrauch des Begriffs Mörder trage zur Verwahrlosung einer zivilisierten Auseinandersetzung bei, die vom BVG vorgetragene Differenzierung bleibe künstlich und abstrakt. Soldaten trügen bei zur Abwesenheit des Krieges, dienten damit dem Frieden und dürften nicht ins Zwielicht gezogen werden. Vor der diesjährigen 35. Kommandeurstagung der Bundeswehr in München Mitte November unterstrich auch sein katholischer Amtskollege, Johannes Dyba, der Staat könne doch nicht im Ernst

die Allgemeine Wehrpflicht festlegen und dann den Soldatenberuf als ein Mordhandwerk bezeichnen lassen. Der Bundestag dürfe nicht Soldaten in Einsätze schicken, in denen sie Leib und Leben riskierten, und sie dann ohne vollen materiellen, ideellen und persönlichen Schutz lassen.

Zum neuen Bischof von Lausanne, Genf und Freiburg i.Ue. ernannte der Papst den bisherigen Weihbischof der Diözese (mit Sitz in Genf) und früheren Sekretär der Schweizer Bischofskonferenz, den Benediktiner Amédée Grab. Der 1930 in Zürich geborene Grab war von 1979 bis 1983 Sekretär der Schweizer Benediktinerkongregation. Er folgt als Diözesanbischof Pierre Mamie nach, der die Westschweizer Diözese 25 Jahre geleitet hatte. Die Berufung erfolgte frei durch den Papst. Der Vorsitzende der Schweizer Bischofskonferenz, der Abt von St.-Maurice (Kanton Wallis), Henri Salina, zeigte sich erfreut darüber, die „ausgezeichnete Zusammenarbeit“ mit Bischof Grab weiterführen zu können.

In einem buddhistischen Kloster auf Taiwan kamen zehn christliche und zehn buddhistische Intellektuelle zu einem vom Päpstlichen Rat für den Interreligiösen Dialog organisierten Kolloquium zusammen. Thema der fünftägigen Begegnung waren Konvergenzen und Divergenzen von Buddhismus und Christentum im Blick auf die Deutung der menschlichen Existenz, das Verlangen nach Erlösung, die endgültige Wirklichkeit und das Nirwana sowie die Gestalten des Buddha und Jesu Christi. In einer Schlußklärung (Églises d'Asie, 1.11.95) wird festgehalten, die Teilnehmer des Kolloquiums hätten zu einem tieferen gegenseitigen Respekt für ihre Traditionen gefunden. Man habe im Dialog zahlreiche Mißverständnisse klären können und es sei zu einem wirklichen Fortschritt im Blick auf das Verständnis der jeweils anderen Religion gekommen.

Der frühere Bischof der südniederländischen Diözese Roermond, Johannes Gijzen, wurde von Johannes Paul II. zum Apostolischen Administrator der Diözese Reykjavik ernannt. Zu ihr gehören die knapp 2500 Katholiken auf Island. Gijzen, dessen konservativer und unkollegialer Kurs erheblich zur Polarisierung in seinem eigenen Bistum wie in der niederländischen

Kirchenprovinz beigetragen hatte, war Anfang 1993 aus Gesundheitsgründen nach einundzwanzigjähriger Amtszeit als Bischof von Roermond zurückgetreten und hatte sich in ein österreichisches Kloster zurückgezogen. Vor seiner Ernennung zum Apostolischen Administrator von Reykjavik war Bischof Gijzen nie in Island. Allerdings war zwischen 1968 und 1986 ein Priester aus dem Bistum Roermond erster Bischof von Reykjavik. Auch andere Priester und Ordensleute aus Limburg waren in der Vergangenheit auf Island tätig.

Unter dem Thema „Wir sind Zeuginnen“ haben sich Ende Oktober rund 160 Delegierte aus 73 der 122 Mitgliedskirchen des Lutherischen Weltbundes zu einer mehrtägigen Konsultation über Frauen getroffen und einen Aktionsplan erstellt, in dem Lösungsvorschläge für zahlreiche Problemfelder benannt werden. Unter anderem werden die Mitgliedskirchen aufgefordert: Verbindungspersonen für Frauenfragen zu benennen, die Teilnahme von Laiinnen und ordinierten Frauen auf allen Entscheidungsebenen der Kirchen zu gewährleisten, eine kritische geschlechtsspezifische Analyse über Führungs- und Arbeitsstil zu unternehmen, eine ernsthafte Suche nach neuen Rollenmodellen für das ordinierte Amt zu betreiben, die sowohl Frauen als auch Männern zugute komme.

Aus Anlaß der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking (vgl. HK, November 1995, 583 ff.) veröffentlichte die „offizielle“, vom Staat anerkannte Chinesische Bischofskonferenz ihren ersten Hirtenbrief seit ihrer Gründung im Jahre 1980. Der Text weist auf die Haltung Jesu gegenüber den Frauen hin und bezeichnet Maria als die herausragendste Vertreterin aller Frauen. Gleichzeitig äußern die Bischöfe ihre Anerkennung für die veränderte Rolle der Frau im „Neuen China“, verglichen mit der jahrtausendelangen Unterdrückung in der chinesischen Geschichte: „Unsere Schwestern im Herrn sind Zeugen der großartigen Reformen des letzten halben Jahrhunderts und haben diese in die Tat umgesetzt.“ Es gebe in China aber weiterhin Vorfälle der Prostitution, des Handels mit Frauen und der Mißachtungen von Frauen und Kindern. Die Frauen werden zur Liebe für Land und Volk, zur Pflege des Werts der Familie und zur Unterstützung der Arbeit der Kirche aufgerufen.